

# Gleicher Wein, verschiedene Schläuche

Tamedia legt den «Bund» und die «Berner Zeitung» vollends zusammen

FABIAN SCHÄFER, BERN

1. Oktober 2020: Feiertag in Bern. «Der Bund», das stolze Traditionsblatt, feiert Jubiläum. 170 Jahre sind es, auf den Tag genau. Man schwelgt in Erinnerungen an die grossen Zeiten der ehemals liberalen Zeitung, die mutig gegen die Nazis Stellung bezog. «Wir sind stolz auf den «Bund», schreibt daselbst Pietro Supino, der Präsident der Tamedia AG, der heutigen Eigentümerin. Die wirtschaftlichen Probleme verheilt er nicht, hält aber gleichwohl fest: «Es ist unsere Ambition, das erfolgreiche «Berner Modell» weiterzuführen.» Mit anderen Worten: Tamedia will in Bern weiterhin zwei Zeitungen mit eigenständigen Regionalredaktionen herausgeben, die «Berner Zeitung» («BZ») und den «Bund». – Wenig später, Ende Oktober 2020, war alles anders. An einem internen Informationsanlass erfuhr die überrumpelten Angestellten, dass das «Berner Modell» am Ende ist. Der Verlag will auch noch die letzten separaten Ressorts der beiden Zeitungen zusammenlegen.

## Viele Kündigungen erwartet

Nun folgen den Worten Taten. Laut mehreren Quellen sind die Entscheide mittlerweile gefallen, am Donnerstag will Tamedia offiziell über den Zusammenschluss informieren. Der Verlag wollte am Dienstag keine Stellung dazu nehmen. Laut den Quellen sind alle regionalen Ressorts betroffen, die heute unabhängig und mit unterschiedlichen Prioritäten über Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport berichten. Die überregionalen Ressorts waren bereits 2018 vollständig fusioniert worden, zusammen mit dem «Tages-Anzeiger» und den anderen Zürcher Zeitungen des Verlags. In Bern soll die neue, gemeinsame Regionalredaktion bereits im Herbst den Betrieb aufnehmen. Die Belegschaft rechnet mit einem grösseren Stellenabbau und vielen Kündigungen.

Die Zäsur ist historisch. Künftig wird es nur noch eine Tageszeitung geben, die über Bern berichtet: über die weitläufige Hauptstadtregion in all ihren Facetten, von der Stadt Bern mit ihren tief-rot-grünen Hipster-Zonen und der Reitschule bis zu den SVP-Hochburgen und den Gehöften im oberen Emmental. Nicht nur zwischen den verschiedenen Teilen des Kantons Bern liegen Welten, sondern auch zwischen «Bund» und «BZ». Dass diese beiden Zeitungen einmal vereint würden, war lange Zeit schier undenkbar. Zu gross waren die Ressentiments, auf beiden Seiten.

Hier die «BZ»: der Platzhirsch, im ganzen deutschsprachigen Teil des Kantons verbreitet, wirtschaftlich erfolgreich, gelegentlich etwas laut, viel Region, viel Sport. Dort «Der Bund»: stolz, grosse Tradition, intellektueller Anspruch, primär in der Stadtregion Bern verwurzelt, wirtschaftlich in der Dauerkrise, bis Tamedia das Ruder übernahm. Wenig illustriert die Medienkrise eindrücklicher als die Zwangsverheiratung von zwei Zeitungen mit derart unterschiedlicher Kultur, Geschichte und Ausrichtung.

Gegen aussen wird es weiterhin zwei Zeitungen geben. Tamedia ist entschlossen, im Bernbiet Potemkinsche Dörfer aufzustellen. Die Fassade ist alles: «Der Bund» und die «BZ» werden weiterhin unter ihren bisherigen Namen erscheinen, nun aber von vorne bis hinten voll mit Beiträgen derselben Redaktion. Gewisse Unterschiede in der Konfektionierung soll es weiterhin geben, die «BZ»-Leserschaft darf sich auch künftig auf eine grosse Portion regionaler News inklusive Sport freuen, während «Der Bund» zum Beispiel mehr Ausland- oder Kulturthemen enthalten soll. Die Texte indes kommen alle aus derselben Redaktion. Von zwei Stimmen wird die eine verstummen. Die traditionsreichen Titel verkommen zur Marke und die Zeitungen zu Hüllen ohne Identität

und Charakter, dafür flexibel mit Inhalten abfüllbar.

Die Berner Kantonsregierung hat die angekündigten «Schritte zu einer Einheitsredaktion» schon im Vorfeld «bedauert». Sie befürchtet, «dass die Berichterstattung über lokale und regionale Themen in den beiden traditionellen Zeitungstiteln verarmt», wie sie im März in der Antwort auf eine Anfrage aus dem Grossen Rat schrieb.

## Mehr Chefinnen?

Dass ein grösserer Stellenabbau zu erwarten ist, erscheint plausibel. Für Tamedia ist die Zusammenlegung unangenehm und politisch schwierig. Wiederholt haben die Berner Stadt- und die Kantonsregierung versucht, Druck auf die Besitzer in Zürich auszuüben. Der Verlag würde die Fusion nicht durchziehen, wenn sie sich nicht lohnte. Damit sie sich lohnt, muss ein namhafter Teil der Stellen eingespart werden. Zu hören ist als Grössenordnung, dass die beiden Regionalredaktionen zusammen ursprünglich gut 70 Vollzeitstellen umfassten, wovon nun rund ein Drittel wegfallen dürfte. Die «BZ» hat etwa doppelt so viele Stellen wie «Der Bund». Die neue, gemeinsame Redaktion wäre somit ähnlich gross wie die «BZ» heute.

Wer muss gehen, wer kann bleiben? In den Redaktionen ist die Ungewissheit gross. Spekuliert wird, dass die heftige Sexismus-Debatte, die Tamedia jüngst ereilt hat, Auswirkungen haben könnte. So sollen die Personalpläne mit einigen Chefinnen ergänzt worden sein, um sich nicht erneut dem Kreuzfeuer der Kritik auszusetzen. Als relativ sicher gilt hingegen, dass die beiden heutigen Chefredaktoren Simon Bärtschi («BZ») und Patrick Feuz («Der Bund») bleiben dürfen, obwohl sie beide Männer sind. Redaktionsmitglieder gehen davon aus, dass Bärtschi den Vorsitz haben wird.

nicht mitgerechnet). Der Titel der drittgrössten Stadt der Romandie ging 2019 an Freiburg verloren. Nach den Gemeindefusionen in Neuenburg ist La Chaux-de-Fonds Anfang 2021 gar auf Rang fünf zurückgefallen.

Vor Jahresfrist wollten die Behörden von La Chaux-de-Fonds aus der Not eine Tugend machen. Sie lancierten eine reichlich unorthodoxe Kommunikationskampagne: Die offizielle Homepage sowie die Auftritte auf den sozialen Netzwerken wurden so dargestellt, als hätte ein Hacker das Kommando übernommen. Dieser verbreitete über die Stadt ein Klischee nach dem anderen. Die Bevölkerung hatte dafür aber dermassen kein Musikgehör, dass der angebliche Cyberangriff verfrüht offengelegt und die Kampagne abgeblasen werden musste.

Die Episode zeigt: Die Chaux-de-Fonniere reagieren dünnhäutig, wenn ihre Stadt durch den Dreck gezogen wird. «Es gibt einen immensen Unterschied zwischen der stereotypen Darstellung von aussen und der Wahrnehmung der Bewohner. Fragen Sie mich nicht, warum – die Stadt ist attraktiv zum Leben, erst recht seit der Steuerreform», sagt der Arzt Claude-André Moser. In der Tat bietet La Chaux-de-Fonds Einheimischen wie Besuchern mehr als manch eine Stadt vergleichbarer Grösse: Das Kulturangebot ist vielfältig, die Architektur einzigartig, die Museumsdichte hoch, das Sportangebot – inklusive Skipiste auf Gemeindegebiet – attraktiv und die mit Tannen bewaldete Hügellandschaft schon wenige Meter nach der Siedlungsgrenze bezaubernd.

## «Eine Stadt der Zukunft»

Für eines der Hauptprobleme kann La Chaux-de-Fonds freilich nicht viel: Die Stadt liegt in der Peripherie. Hätte sich die Uhrenindustrie nicht organisch entwickelt, wäre wohl niemandem in den Sinn gekommen, auf 1000 Metern über Meer eine grosse Stadt zu bauen, in der im Winter oft Schnee liegt, in der es kälter als im Flachland ist und die vor allem nicht an den bedeutenden Verkehrsachsen der Schweiz liegt.

Doch das soll sich nun ändern: Das eidgenössische Parlament hat 2019 gleich mehrere Infrastrukturentscheide gefällt, die den Kanton Neuenburg fundamental verändern werden. Um die Städte La Chaux-de-Fonds und Le Locle werden Umfahrungsstrassen gebaut, die den Verkehr – unter anderem von französischen Grenzgängern – aus den Innenstädten vertreiben sollen. In gut fünf Jahren sollen die Abschnitte eingeweiht werden. Das noch bedeutsamere Projekt ist eine neue, teilweise unterirdisch geführte Bahnverbindung zwischen Neuenburg und La Chaux-de-Fonds. Alle Viertelstunde soll ein Zug verkehren, und die Reisezeit wird gegenüber heute mehr als halbiert – auf noch 14 Minuten. Die Bauarbeiten werden über zehn Jahre dauern.

Am unmittelbarsten soll eine institutionelle Reform dazu beitragen, den innerkantonalen Zusammenhalt zu stärken: Bei den bevorstehenden Wahlen (siehe Kasten) wird der Kanton zum ersten Mal als einziger Wahlkreis betrachtet. Sprich: Die Bewohner von «unten» kön-

nen neuerdings auch für Kandidaten von «oben» stimmen – was für den zuständigen Staatsrat Alain Ribaux alles andere als eine nebensächliche Neuerung ist. Entscheidend sei, dass die Kandidatinnen und Kandidaten Visionen für alle Regionen und nicht mehr nur für den eigenen Bezirk propagieren müssten, so Ribaux. «Sie entdecken nun teilweise ihren Kanton neu.»

«Ein Kanton, ein Raum». Allein das offizielle Schlagwort zur Reform zeigt schon, dass der Kanton Risse zu kiten hat. Théo Huguenin-Élie, der Stadtpräsident von La Chaux-de-Fonds, mag ihr nicht allzu viel abgewinnen. Bedeutender seien die Infrastrukturvorhaben – und die eigene Fähigkeit zur Erneuerung. Wenn der frühere Lehrer die kommenden Jahre skizziert, sprüht er derart vor Enthusiasmus, dass man zuweilen das Gefühl hat, er spreche vom Silicon Valley und nicht von einer schrumpfenden Stadt in der Peripherie. Verkehrsberuhigung der Innenstadt, Fokus auf erneuerbare Energien, Renovation des

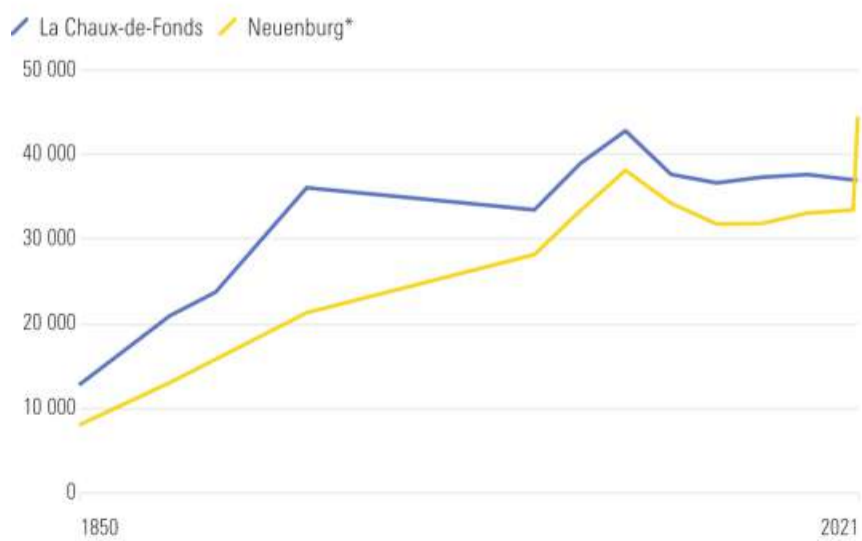
## Le haut et le bas, oben und unten – der Gegensatz prägt Neuenburg wie kaum einen anderen Kanton.

Stadions und vor allem: viel Kultur, was Einheimische beglücken und Auswärtige anziehen soll. Im Jahr 2025 soll die Uhrenmetropole gar erste «Kulturhauptstadt der Schweiz» werden – eine jährlich wechselnde Auszeichnung, die es noch gar nicht gibt.

«Ohne mit der Wimper zu zucken, kann ich versichern: La Chaux-de-Fonds ist eine Stadt der Zukunft», sagt Huguenin-Élie. Damit soll sich die in jüngster Zeit negative Bevölkerungsentwicklung umdrehen, zum Wohnraum in «La Tchaux» gerade für Familien erschwinglicher ist als in praktisch jeder anderen Schweizer Stadt und die neuen Home-Office-Realitäten abgelegene Regionen attraktiver machen. Es wäre nicht nur für die klamme Finanzlage ein Segen, es würde «oben» auch das angekratzte Selbstvertrauen stärken – und «unten» vielleicht den Blick verändern.

## Neuenburg hat sich La Chaux-de-Fonds angenähert – und es dank Fusionen überholt

Die Bevölkerungszahlen der beiden grossen Neuenburger Städte im Vergleich



\* Per 2021 hat sich Neuenburg mit Corcelles-Cormondrèche, Peseux und Valangin zusammengeschlossen.

QUELLE: BFS, KANTON NEUENBURG

NZZ / fum

# EU-Regeln befeuern Debatte über nationale Impfstoffproduktion

Firmen, die Vakzine aus der EU in die Schweiz exportieren, brauchen eine Bewilligung

GIOIA DA SILVA

Ende März verschärfte die Europäische Union ihre Exportkontrollen. Firmen, die Covid-19-Impfstoffe in die Schweiz und sechzehn weitere Staaten liefern wollen, müssen seither eine Bewilligung von Brüssel einholen. Die EU macht Exportbewilligungen von zwei Punkten abhängig. Erstens dürfen die Empfängerstaaten ihrerseits den Export von Impfstoffen in die EU nicht einschränken. Zweitens könnte die EU Exporte blockieren, falls die Empfängerländer eine wesentlich höhere Durchimpfungsrate aufweisen als die EU. Der Bewilligungsprozess für Exporte kann mehrere Tage in Anspruch nehmen. In der Durchführungsverordnung steht, dass Anträge innerhalb von zwei Arbeitstagen vom Mitgliedstaat an die EU-Kommission weitergeleitet werden müssen. Die Kommission muss innerhalb eines Arbeitstages entscheiden, ob die Bewilligung erteilt werden soll.

## EU-Botschafter einberufen

Den Schweizer Behörden liegen derzeit keine Informationen vor, dass es bisher beim Import von fertigen Vakzinen aus der EU zu Verzögerungen gekommen wäre. Trotzdem bedeute das für die Schweiz, dass sie damit einem Machtspiel der EU ausgesetzt sei, sagt Andreas Faller, der bis 2012 als Vizedirektor des Bundesamts für Gesundheit amtierte und heute als Berater im Gesundheitswesen tätig ist. Die EU komme immer stärker unter Druck, weil in den Mitgliedsländern nur schleppend geimpft werden könne. Mit der neuen Bestimmung wolle die EU nun den Druck auf die Lieferanten verstärken. Damit nimmt Brüssel in

Kauf, dass sich Bern vor den Kopf gestossen fühlt. Auf Anfrage bestätigt das Seco eine Meldung des «Nebelspalters», dass die Schweiz den EU-Botschafter Petros Mavromichalis zu einem Gespräch einberufen habe. Der Botschafter hat dem Vernehmen nach der Staatssekretärin Livia Leu zwar zugesichert, dass sich die Bestimmung der EU nicht primär gegen die Schweiz richtet. Trotzdem wurde die Schweiz bisher nicht von der Massnahme ausgenommen.

Branchenkenner sind erstaunt darüber. Schliesslich arbeiteten die Schweiz und die EU bei der Impfstoffbeschaffung bisher gut zusammen. Lonza produziert in Visp jährlich 300 Millionen Dosen des Moderna-Impfstoffs, wobei nur 13,5 Millionen für die Schweiz bestimmt sind. Über 95 Prozent der Produktion sollen den Markt ausserhalb der Schweiz bedienen, wobei Hunderte von Millionen Impfdosen an Mitgliedsländer der EU gelangen sollen. Deshalb schlug Faller im «Sonntagsblick» vor, dass die Schweiz laut über Retorsionsmassnahmen nachdenkt. Bern könne beispielsweise damit drohen, den Lonza-Wirkstoff nicht länger nach Spanien zu liefern, wo er in Flaschen abgefüllt werde, sagt Faller auf Anfrage. Das Seco schreibt dazu, dass der offene Handel für Impfwirkstoffe wegen der stark verflochtenen Produktionsketten mit dem Ausland für die Schweiz wichtig sei. Derzeit seien daher keine Exportbeschränkungen geplant.

Einer, der sich gegen Retorsionsmassnahmen ausspricht, ist Andrin Oswald. Der CEO der Gentechnik-Firma Centogene stand der Schweiz bei der Impfstoffbeschaffung als Berater zur Seite. Er sagt: «Erstens wird die neue Bestimmung der EU die Schweiz mindestens vorerst

nicht betreffen. Schliesslich sind wir beim Impfen der EU nicht so weit voraus wie etwa Grossbritannien. Zweitens sollte die Schweiz ihren Standortvorteil nicht gefährden. Dies würde sie mit der Androhung von politisch motivierten Exportbeschränkungen eindeutig tun.» Jetzt den Konflikt mit der EU zu suchen, sei kurzfristig gedacht. Wichtiger sei, dass die Schweiz auch in Zukunft ein verlässlicher Produktionsstandort für pharmazeutische Unternehmen bleibe.

## Gespräche stehen noch aus

Die Bestimmung aus Brüssel heizt die Debatte um eine nationale Impfstoffproduktion weiter an. Mehrere Zeitungen berichteten in den letzten Wochen über eine allfällige Möglichkeit der Schweiz, sich im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft bei Lonza zu engagieren. Dies dürfte im Hinblick auf die Produktion von Impfstoffen interessant werden, die auch gegen mutierte Varianten des Coronavirus wirken. Bundespräsident Guy Parmelin sagte dazu in einem Interview zur «Sonntags-Zeitung»: «Wir werden das prüfen und anschauen, was konkret möglich ist und was es uns bringt. Und wenn wir einen Nutzen erkennen können, schliesse ich auch nicht aus, dass wir den Aufbau weiterer Produktionsstätten finanzieren werden.»

Das Gespräch zwischen dem Lonza-Verwaltungsratspräsidenten Albert Baehny und Bundesrat Alain Berset, das letzte Woche beide Seiten in den Medien angekündigt hatten, hat allerdings noch nicht stattgefunden. Aus dem Umfeld von Bundesrat Berset heisst es: Gespräche mit Lonza hätten im Moment keine Priorität.